



NEWSLETTER 01/2022

FORUM | MIGRATION



© rawpixel - 123rf.com








Ja zum „Einwanderungsland“

Manch Erhofftes fehlt im Koalitionsvertrag, einiges hätte unter „Jamaika“ auch nicht anders geklungen – aber vieles macht Mut nach den 16 Jahren der Unions-Starre. Nicht nur wegen des Bekenntnisses zum „modernen Einwanderungsland“ fielen die meisten Reaktionen auf die migrationspolitischen Vorhaben der neuen Ampel-Regierung eher optimistisch aus.

Das neue Regierungsbündnis mache „freie Fahrt bei gesellschaftlichen Aufbruch“, befand etwa die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD). „Ob Partizipationsgesetz, Partizipationsrat, Demokratiefördergesetz, Mehrstaatigkeit oder Aufenthalts- und Bleiberecht“ – die Zivilgesellschaft werde „in ihrer ganzen Vielfalt ernst genommen“, sagte etwa der TGD-Vorsitzende Gökay Sofuoğlu. Auffällig sei, dass sich die Art und Weise verändert habe, wie über Migration gesprochen wird, sagte der Osnabrücker Migrationshistoriker Jochen Oltmer. Sie werde „nicht mehr vorrangig als Sicherheitsgefahr dargestellt, auf die man mit Abwehrmaßnahmen reagieren müsse“. Die Göttinger Migrationsforscherin Sabine Hess sprach von einer „Rückkehr zu einem humanitären, von Menschenrechten geprägten Diskurs“. Im Koalitionsvertrag sind

viele Verbesserungen für Migrant_innen und Schutzsuchende angekündigt, darunter eine staatliche Seenotrettungsmission. Viele von Ex-Innenminister Horst Seehofer (CSU) durchgedrückte Verschärfungen sollen aufgehoben werden, darunter die Unterbringung in so genannten Ankerzentren. Allerdings hängt die Wirkung der angekündigten Reformen meist stark von ihrer noch offenen rechtlichen Ausgestaltung ab. Im Sondierungspapier hatten die Ampel-Parteien etwa die Einführung des „Spurwechsels“ angekündigt – die Möglichkeit für abgelehnte Asylsuchende gemeint, einen Aufenthaltstitel zur Erwerbstätigkeit zu beantragen. Im Koalitionsvertrag findet sich der Begriff nicht wieder. Eine Reihe einzelner Regelungen sollen aber Geduldeten den Weg zur Erwerbstätigkeit oder Ausbildung eröffnen.

Lesen Sie hier Auswertungen des Koalitionsvertrages:

-  DGB: <https://bit.ly/3m61SZ7>
-  Heinrich-Böll-Stiftung: <https://bit.ly/3DRaMj1>
-  Mediendienst Integration: <https://bit.ly/3oHBYww>
-  Pro Asyl: <https://bit.ly/3dBKuqf>
-  Migazin: <https://bit.ly/31NBKdU>
-  Amnesty International: <https://t.co/qHiqjF3lZk>
-  Gastkommentar auf Seite 4

INHALT 01/2022

Ja zum „Einwanderungsland“	1
„#ausgeliefert“ an Amazon: „Nur eine App“	2
Neue Studie: Geflüchtete als Gründer	2
Wen wählen Zugewanderte?	2
News + Termine	3
Fortschritt ist auch: Aus Deutschland eine gute Einwanderungsgesellschaft machen – Kommentar von Elizabeth Beloe, Vorsitzende des Bundesverbandes Netzwerke von Migrantorganisationen (BV NeMO)	4



„#ausgeliefert“ an Amazon: „Nur eine App“

Mit der Kampagne #ausgeliefert und Aktionen am „Black Friday“ machten Gewerkschafter_innen im Herbst auf die Arbeitsbedingungen bei Amazon aufmerksam. Der Online-Händler beschäftigt seine Fahrer_innen über ein Geflecht undurchsichtiger Subunternehmen. Die prekäre Situation der nach Schätzung der Beratungsstelle Faire Integration in Thüringen zu 80 bis 90 Prozent migrantischen Fahrer_innen schaffe ein „System von Abhängigkeit und Angst“, sagt Benjamin Heinrichs von „Faire Integration“.

Um Steuern und Sozialabgaben zu sparen, würden Fahrer_innen teils parallel noch in Minijobs parallel beschäftigt. In vielen Fällen bekämen sie eine Tagespauschale von etwa 85 Euro am Tag. Wegen der hohen Zahl an Paketen würden viele an bis zu sechs Tagen pro Woche bis zu 12 Stunden täglich arbeiten. Dann könne ihr Lohn bei etwa 2.000 Euro netto im Monat liegen. Doch: „Wer krank ist, kriegt aber nichts. Und viele Fahrer denken, das sei so okay“, sagt Heinrichs. „Viele kennen ihre Rechte nicht, und wenn sie sie kennen, trauen sie sich nicht, was zu machen.“ Bei den Beschäftigten aus Nicht-EU-Staaten sei die Abhängigkeit

besonders hoch. Teils würden Fahrer_innen mit dem Versprechen auf einen unbefristeten Arbeitsvertrag angeworben, mit dem sie eine Niederlassungserlaubnis beantragen könnten. „Den kriegen sie in der Realität überhaupt nicht, das sind teils glatte Lügen.“ Andere Beschäftigte würden ihre Familien nach Deutschland holen wollen. „Die brauchen dafür ein gewisses Einkommen. Sie durchblicken oft nicht alles und haben Angst, ihre Arbeit zu verlieren“, sagt Heinrichs. Für den Lkw-Transport der Waren zwischen den Standorten sind häufig polnische Firmen beauftragt. Diese entsenden litauische, ukrainische oder polnische Fahrer zur Arbeit nach Deutschland und Westeuropa. „Das sind ziemlich undurchsichtige, abenteuerliche Konstrukte“, so Heinrichs. Beschwerden seien so kaum möglich, Amazon sei nur per E-Mail erreichbar. Für die Fahrer_innen aus der ganzen Welt gebe es eine Hotline in den USA, an die Amazon die Kommunikation outgesourct hat. „Selbst die Subunternehmer hier berichten, sie könnten die Unternehmenszentrale „nur über eine App erreichen“, sagt Heinrichs.

„Der Online-Handel boomt und Amazon als weltgrößter Online-Händler verdreifacht seinen Gewinn“, sagt dazu

die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Andrea Kocsi. Den Preis dafür zahlten auch die Beschäftigten, die die Pakete transportieren und zustellen. Deren Arbeitsbedingungen bei Subunternehmern seien ein unhaltbarer Zustand. „Wir fordern Amazon auf, die Beschäftigten, die beinahe rund um die Uhr Pakete für das Unternehmen befördern und ausliefern, direkt bei sich anzustellen.“ Zudem müssten die Sozialversicherungsträger bei allen Amazon-Flex-Fahrern Statusfeststellungsverfahren einleiten, um mögliche Scheinselbstständigkeiten zu beenden. ver.di und der DGB fordern auch deshalb die Ausweitung des seit 2018 für die Paketbranche geltenden Gesetzes zur Nachunternehmerhaftung auf die gesamte Speditions- und Logistikbranche. Gilt in einer Branche die Nachunternehmerhaftung, müssen Unternehmen Sozialbeiträge für Beschäftigte nachzahlen, wenn einer ihrer Subunternehmer diese Beiträge nicht oder nicht vollständig gezahlt hat.

Bericht über #ausgeliefert-Aktionstage: <https://bit.ly/3oFjmwX>

Fachberatungsstelle des DGB Bildungswerk Thüringen: <https://bit.ly/3iTyKE2>

MDR-Doku (11/21): <https://bit.ly/3df82L3>

Neue Studie: Geflüchtete als Gründer

Viele der Menschen, die im Zuge der Fluchtmigration ab 2013 nach Deutschland kamen, waren in ihren Heimatländern selbstständig. Teils fehlen ihnen aber die Voraussetzungen für eine schnelle Integration in den deutschen Arbeitsmarkt. Eine neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hat untersucht, unter welchen Bedingungen für Geflüchtete eine Unternehmensgründung infrage kommt.

Entscheidend sei die Aufenthaltszeit in Deutschland, sagt der Studienautor René Leicht von der Uni Mannheim. Neben guten Deutschsprachkenntnissen sowie Berufs-, Arbeits- und Branchenerfahrung brauche es

soziale Beziehungen und Netzwerke, genauso wie auch Wissen im Umgang mit Institutionen. „Viele Geflüchtete berichten über aufenthaltsrechtliche und bürokratische Hemmnisse oder über Schwierigkeiten ihr Vorhaben mit ausreichend Krediten abzusichern“, sagt Leicht. Hinzu komme, dass in Deutschland viele Berufe nur dann in die Selbstständigkeit führen, wenn spezifische Qualifikationen nachgewiesen und anerkannt werden. Die Befragung belege aber, dass viele Geflüchtete „großes Interesse an einer Selbstständigkeit oder Geschäftsgründung haben“, so Leicht. Betrachte man die Zahl der „überlebenden“ Selbstständigen in den verschiedenen Zuwanderungskohorten, dann deute

vielen darauf hin, dass Geflüchtete in ähnlicher Weise erfolgreich sind, wie Menschen mit anderen Zuwanderungsmotiven.

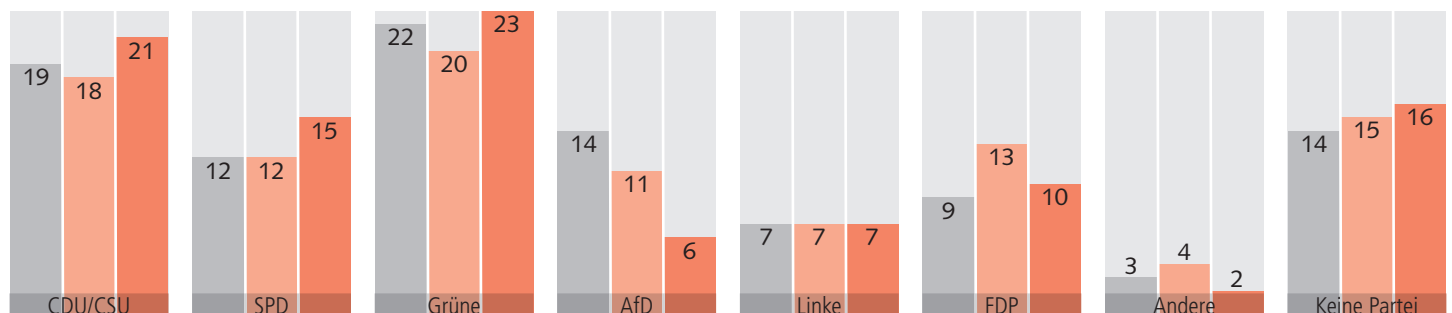
2019 waren unter allen erwerbstätigen Zugewanderten rund 700.000 (9 Prozent) beruflich selbstständig. Diese Quote liegt nur knapp unterhalb der von Herkunftsdeutschen (10 Prozent). Etwa ein Zehntel (68.000) der Selbstständigen ist einst als Geflüchtete zugezogen, darunter jedoch nur etwa 5.000 nach 2013.

FES-Studie „Das Gründungspotenzial von Geflüchteten“: <https://bit.ly/3Dl45Qm>

Wen wählen Zugewanderte?

Die Parteipräferenzen von Menschen mit Migrationshintergrund unterscheiden sich kaum von denen der Einheimischen – außer bei der AfD

■ = Ohne Migrationshintergrund · ■ = Migrationshintergrund ohne Selbstidentifikation · ■ = Migrationshintergrund und Selbstidentifikation



Quelle: Mediendienst Integration, <https://bit.ly/3oFctL>



News + Termine

Neuer „Afrozensus“: Viele schwarze Menschen erleben Rassismus in Deutschland

In einer Online-Umfrage hat der Berliner Verein „Each One Teach One“ tausende schwarze Menschen zu ihren Erfahrungen mit Diskriminierung befragt. Ob im Gesundheitswesen, auf dem Wohnungsmarkt oder in der Bildung – es gebe „keinen Bereich, in dem Diskriminierung und Rassismus keine umfassenden Probleme sind“, teilte der Verein dem Evangelischen Pressedienst mit. Der Zensus stelle erstmals die Lebensrealität der über eine Million in Deutschland lebenden schwarzen Menschen dar. Etwa die Hälfte der Befragten (56 Prozent) berichtete von diskriminierenden Polizeikontrollen nach äußeren Merkmalen („Racial profiling“). An der Online-Befragung nahmen 6.419 Personen ab 16 Jahren teil, die in 144 verschiedenen Ländern geboren wurden, die meisten von ihnen (43,9 Prozent) in Deutschland.

<https://afrozensus.de>

Reem Alabali-Radovan ist neue Bundes-Integrationsbeauftragte

Die Nachfolgerin von Annette Widmann-Mauz als Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration ist Reem Alabali-Radovan (SPD) aus Schwerin. Die 31-Jährige wurde als Kind irakischer Eltern in Moskau geboren. Sie kam 1996 mit ihrer Familie nach Mecklenburg-Vorpommern und wurde 2020 Integrationsbeauftragte des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Bei der Bundestagswahl in diesem Jahr zog sie mit einem Direktmandat in das Bundestagparlament ein.

Neue Todesfälle an der Grenze Polen/Belarus, Stand bis Redaktionsschluss

10.864 unerlaubte Einreisen mit „Bezug zu Belarus“ registrierte die Bundespolizei bis zum 7. Dezember, zuletzt allerdings mit „deutlich fallender Tendenz“. Polen hatte in den Wochen zuvor die Grenze durch das Militär fast hermetisch abriegeln lassen. Am 1. Dezember verlängerte Polen de facto den Ausnahmezustand im Grenzstreifen, den Hilfsorganisationen wird wieder der Zugang verweigert. Die Notlage in der Region ist keineswegs vorbei. „Es herrscht nach wie vor eine humanitäre Krise“, schreibt die NGO Grupa Granica. „Bewohner_innen der Region, Aktivist_innen, Mediziner_innen und Anwalt_innen helfen dort jeden Tag Menschen in Not. Ein Ausweg aus dieser dramatischen Situation ist nicht in Sicht, und die Wetterbedingungen werden von Tag zu Tag schlechter.“

[Stellungnahme der polnischen NGO Grupa Granica auf der Webseite von medico international: https://bit.ly/3Gtqgk](https://bit.ly/3Gtqgk)

AfD mit Innenausschuss-Vorsitz: GdP ist empört

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat die geplante Neubesetzung des Vorsitzes des Bundestagsinnenausschusses mit einem AfD-Parlamentarier scharf kritisiert. Es sei nicht nachvollziehbar, dass eine Partei in

der Keimzelle der deutschen Demokratie maßgeblich sensible Themen der inneren Sicherheit gestalten soll, in deren Reihen offen nationalsozialistische Parolen sowie Hass und Hetze gegen Andersdenkende, Minderheiten und Ausländer nicht nur geduldet, sondern auch teils befördert werden, sagte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow. Es verwundere sehr, dass die anderen Fraktionen der AfD den Vorsitz des Innenausschusses überlassen haben. Malchow kündigte an, die Anstrengungen der GdP „für eine hohe Resilienz der Polizei gegenüber antidemokratischen Bestrebungen“ zu verstärken. Angesichts solcher politischen Entscheidungen sei das notwendiger denn je. Der GdP-Bundesvorstand hatte Mitte März gleichzeitige Mitgliedschaften in der AfD und in der GdP für unvereinbar erklärt. Die AfD wolle mit Provokationen und Inszenierungen medienwirksam auffallen und sei gewerkschaftsfeindlich eingestellt.

Saarland: Überlastete Ausländerbehörde staut 40.000 Verfahren

Chaos, Zusammenbruch, Überlastung: Diese Begriffe fallen derzeit in Schilderungen über die Situation der Ausländerbehörde des Saarlands. Die habe 40.000 unbearbeitete Verfahren angestaut, berichtet der Saarländische Rundfunk (SR). Grund ist nicht nur die Corona-Pandemie: Anfang des Jahres hatte das Innenministerium die Behörde von der Landeshauptstadt Saarbrücken ins 25 Kilometer nördlich gelegene Lebach verlegt – aus Kostengründen. Flüchtlingsrat, DGB und die lokale Initiative „Bunt statt Braun“ hatten diesen Schritt damals scharf kritisiert. „Uns erreichen seit Monaten massive Beschwerden darüber, dass die zentrale Ausländerbehörde entweder nicht erreichbar ist oder anstehende Akten nicht bearbeitet“, sagt nun der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im saarländischen Landtag, Magnus Jung dem SR. Leidtragende seien im Saarland lebende Menschen aus dem Ausland, die es oft vor existenzielle Probleme stellt, dass es kaum möglich sei, einen Termin bei der Ausländerbehörde zu ergattern, so der SR. „Der Schaden, den der Innenminister angerichtet hat, ist immens“, sagt Thomas Schulz vom DGB Region Saar Trier. „Die Leute haben echt Stress, dürfen zum Beispiel nicht ins benachbarte Frankreich fahren.“

Neue Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung: Politische Polarisierung nimmt zu

Mit zwei repräsentativen Umfragen in den Jahren 2019 und 2020 hat die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung die Kluft zwischen Menschen mit unterschiedlichen politischen Ansichten in Deutschland untersucht. Das Ergebnis: Diese nimmt zu – aber nicht bei allen Themen. Starke Veränderungen stellten die Meinungsforscher_innen unter anderem bei den Einstellungen zu Migration fest. Während sich 2009 noch rund 40 Prozent der Deutschen dafür aussprachen, die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer einzuschränken, so vertrat Anfang 2020 nur noch jeder Fünfte diese Ansicht. Das

mag auch damit zusammenhängen, dass die Zahl der Deutschen mit ausländischen Wurzeln zugenommen hat, so die Studie.

<https://bit.ly/3lz3vld>

ILO: Corona hat globalen Arbeitsmarkt schlimmer getroffen als befürchtet

Die Pandemie hat im Jahr 2021 weltweit rund 125 Millionen Vollzeitstellen gekostet. Das ist ein Rückgang von 4,3 Prozent gegenüber der Zeit vor dem Corona-Ausbruch. Das berichtete die ILO. Bis Mitte dieses Jahres hatte die Organisation lediglich einen Rückgang von 3,5 Prozent erwartet. Aus regionaler Sicht verzeichneten Europa und Zentralasien den geringsten Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden im Vergleich zum Niveau vor der Pandemie (2,5 Prozent). Es folgten Asien und der Pazifikraum mit (4,6 Prozent). Afrika, Amerika und die arabischen Staaten verzeichneten Rückgänge von 5,4 bis 6,5 Prozent. Diese großen Unterschiede seien vor allem auf die großen Unterschiede bei Impfungen und steuerlichen Anreizen zurückzuführen, so die ILO.

<https://bit.ly/3IU1kW5>

Neue DIHK-Umfrage: Fachkräftemangel größtes Geschäftsrisiko

Pro Jahr gehen in Deutschland rund 350 000 Beschäftigte mehr in Rente als junge Leute ins Berufsleben eintreten – Tendenz steigend. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag befürchtet gravierende Folgen. Laut einer Umfrage unter rund 23.000 Unternehmen ist der Fachkräftemangel für die Firmen das derzeit größte Geschäftsrisiko. Insgesamt erwarten 85 Prozent der Unternehmen negative Auswirkungen. 43 Prozent der Firmen rechnen damit, dass sie Aufträge verlieren oder ablehnen oder ihr Angebot reduzieren müssen, wenn nötiges Personal fehlt.

<https://dpaq.de/Zhxon>

Kroatien wird heftig für Gewalt an der Grenze kritisiert – und soll mit Schengen-Aufnahme belohnt werden

Das Komitee des Europarats für die Verhinderung von Folter hat Kroatien für „schwere Misshandlungen“ von Migrant_innen scharf kritisiert. In einem Bericht der Kommission heißt es, bei Betroffenen seien Verletzungen festgestellt worden, die „unbestreitbar kompatibel“ mit Misshandlungen durch die Polizei seien, darunter einige, die nur auf Schlagstock- oder Knüttelschläge zurückgeführt werden könnten. Die Behörden des Landes wurden dazu aufgerufen, die Praxis unverzüglich zu beenden. Präsident Zoran Milanovic sagte indes, die Polizei müsse manchmal Gewalt anwenden. „Wie sonst kann die Republik Kroatien ihre Grenzen schützen?“ Wenige Tage nach Veröffentlichung des Berichts entschied der Europäische Rat, dass Kroatien die erforderlichen Voraussetzungen für die Anwendung des Schengener Abkommens erfülle. Damit kann das seit 2013 zur EU gehörende Land dem Schengenraum bald endgültig beitreten.



Fortschritt ist auch: Aus Deutschland eine gute Einwanderungsgesellschaft machen

Foto Elizabeth Beloe: © Alex Serdyuk



Kommentar von Elizabeth Beloe, Vorsitzende des Bundesverbandes Netzwerke von Migrantenorganisationen (BV NeMO)

Die Ampel-Koalition bezeichnet sich selbst als Fortschrittskoalition. Der BV NeMO sagt: Fortschritte sind in vielen Feldern nötig, vor allem auch beim Klima. Zugleich müssen aber der Anerkennung der Tatsache, dass Deutschland eine Einwanderungsgesellschaft ist, nun auch Taten folgen. Dieses ist umso dringlicher, weil die Corona-Krise wie in einem Brennglas zeigt, dass sich Deutschland als eine Einwanderungsgesellschaft in einer tiefen Krise befindet.

Viele Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte sind von Corona und ihren Folgen in besonders negativer Weise betroffen, weil ihre soziale Lage schon vorher problematisch war: im Gesundheitswesen, bei der Bildung, auf dem Arbeitsmarkt, in Hinblick auf beengte Wohnverhältnisse und durch verstärkten Rassismus, der auch eine Begleiterscheinung der Corona-Krise ist.

Der BV NeMO weiß, wovon er spricht: mit lokalen, herkunftsübergreifenden Verbänden in bundesweit mehr als 20 Städten und 800 Mitgliedsvereinen sind wir nahe bei den Menschen.

Nun liegt der Koalitionsvertrag vor und die neue Regierung ist gebildet. Der Koalitionsvertrag ist so etwas wie die Blaupause für das künftige Regierungshandeln und damit auch das Rahmenpapier für die ersten 100 Tage.

Bei einer ersten Durchsicht des Koalitionsvertrags zeigt sich: Es gibt viele Berührungs- und Anknüpfungspunkte mit unseren Forderungen. In Wort und Geist zeigt sich eine viel größere Aufgeschlossenheit gegenüber den Fragen, die mit einer guten Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft verbunden

sind. Programmatisch deutlich wird dies in folgendem Satz: „Wir wollen einen Neuanfang in der Migrations- und Integrationspolitik gestalten, der einem modernen Einwanderungsland gerecht wird. Dafür brauchen wir einen Paradigmenwechsel.“

Vieles im Koalitionsvertrag liest sich auch deswegen sehr fortschrittlich und frisch, weil es eben in wichtigen gesellschaftlichen Feldern, vor allem was Migration und Asyl betrifft, jahrelang Stagnation und sogar Rückschritt gegeben hat und ein hoher Nachholbedarf besteht. Dass es jetzt diesen Veränderungswillen gibt, begrüßen wir sehr.

Unsere 10 Forderungen für die ersten 100 Tage an die Ampel sind: Gute Bildung für alle und Gesundheit in und nach der Corona-Pandemie, jetzt besonders dringlich, eine humane Asylpolitik. Wir fordern Umweltgerechtigkeit und globale Solidarität, Teilhabe mit guter Arbeit, Vielfalt, vor allem auch im Öffentlichen Dienst. Gegen Fachkräftemangel setzen wir auf Ausbildung und Einwanderung. Wir erwarten, dass der Staat Rassismus und Diskriminierung bekämpft und allen gleiche politische Rechte einräumt. Statt der leerlaufenden „Integrationsgipfel“ wollen wir einen „Pakt für Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft“. Migrant_innen-Organisationen halten wir für unverzichtbar und, „über Corona hinaus“ soll ein Masterplan führen: ein Sofortprogramm gegen die sozialen Folgen der Corona-Krise, insbesondere auch für Menschen mit Einwanderungsgeschichte.

Zu fast allen diesen Punkten finden sich an verschiedenen Stellen des Koalitionsvertrags Aussagen und Vorhaben, die weiterführen und deren Umsetzung tatsächlich zu einem erheblichen gesellschaftlichen Fortschritt führen würden. Eine detaillierte Bewertung von unserer Seite aus ist in Arbeit.

Aber: Der Vertrag ist klassisch nach Politikbereichen und Zuständigkeiten aufgebaut. Fragen der Einwanderungsgesellschaft werden also wieder auf ein spezielles Politikfeld verengt und ebenso traditionell vor allem unter dem Stichwort „Integration“ behandelt, wo nach 60 Jahren Einwanderung endlich Teilhabe angemessen wäre. Unsere zehn Punkte aber weisen daraufhin: Einwanderungsgesellschaft ist Wirklichkeit in allen Politikbereichen und deshalb eine Querschnittsfrage. Von daher fehlt eine Gesamtsicht auf den Zustand der Einwanderungsgesellschaft.

Unser Wahrnehmung, dass die Einwanderungsgesellschaft in der Krise ist, findet im Koalitionsvertrag keine Entsprechung. Folglich finden Migrant_innenorganisationen im Koalitionsvertrag auch nur beiläufig Erwähnung, während sie de facto für die gute Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft von erheblicher Bedeutung sind. Auch unser wichtiges Anliegen findet keinen Ankerpunkt, nämlich ein Masterplan „Über Corona hinaus“.

Die 10-Punkte-Positionierung des BV NeMO ist also durch den Koalitionsvertrag erstens nicht erledigt und zweitens ist der Koalitionsvertrag erst einmal Programm. Es wird sehr darauf ankommen, was in den ersten 100 Tagen an Weichenstellungen wirklich passiert. Der BV NeMO trifft sich zu einer Zwischenbilanz nach 100 Tagen am 21. März 2022 in Berlin.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Franz-Rennefeld-Weg 5
40472 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

